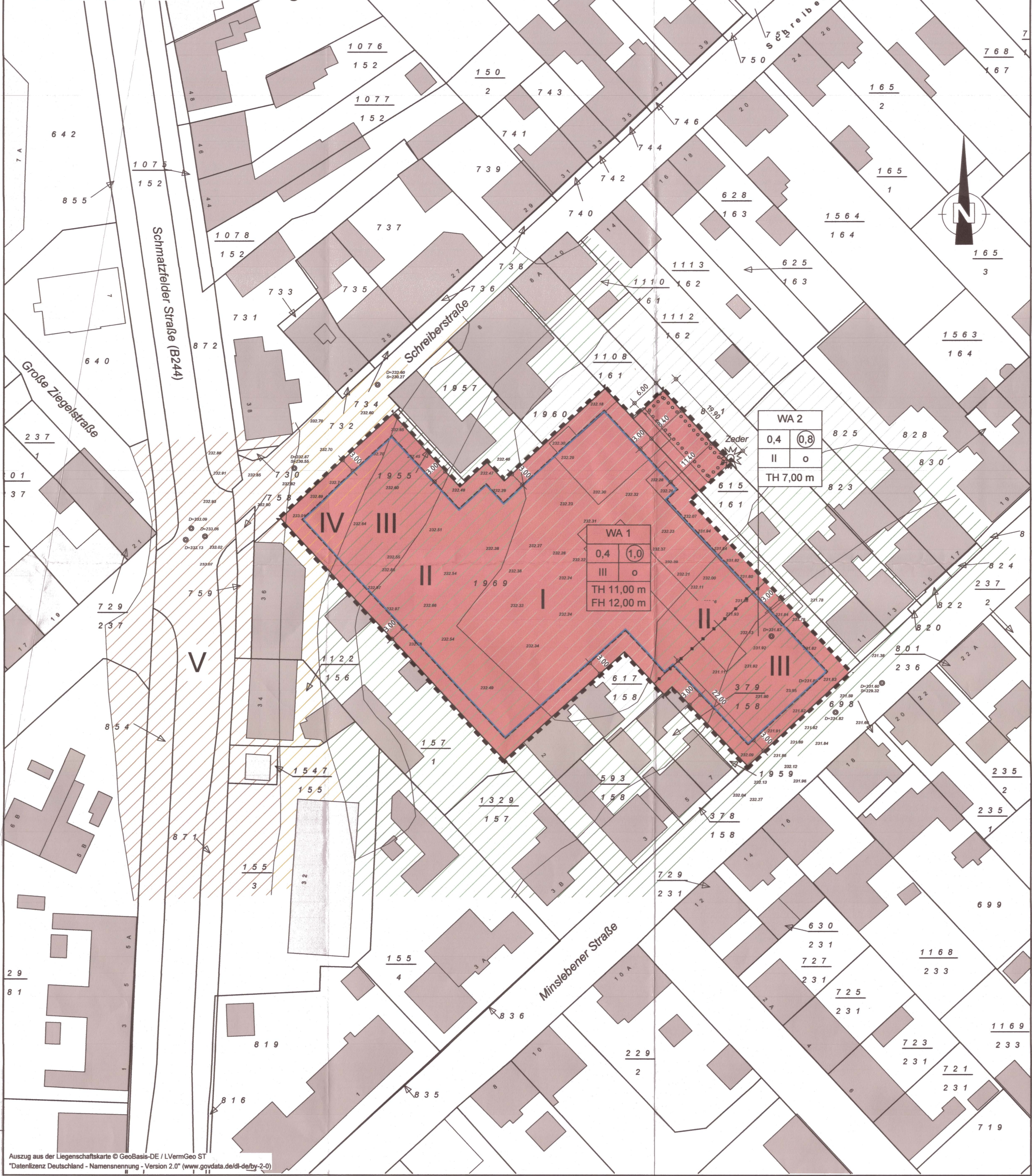


Teil A: Zeichnerische Festsetzungen



Auszug aus der Liegenschaftskarte © GeoBasis-DE / LVermGeo ST  
"Datenlizenz Deutschland - Namensnennung - Version 2.0" (www.govdata.de/dl-de/by-2-0)

Teil B: Textliche Festsetzungen

- Art der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)
  - Im Allgemeinen Wohngebiet sind gemäß § 4 (2) BauNVO zulässig:
    - Wohngebäude,
    - die Versorgung des Gebietes dienenden Läden, Schank- und Speisewirtschaften sowie nicht störende Handwerksbetriebe,
    - Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale, gesundheitliche und sportliche Zwecke.
  - Im allgemeinen Wohngebiet sind gemäß § 4 (3) Nr. 2 BauNVO ausnahmsweise zulässig:
    - sonstige nicht störende Gewerbebetriebe
- Die Errichtung von dauerhaften Ferienwohnungen ist ausgeschlossen, gemäß § 1 (5) BauNVO.  
Im Allgemeinen Wohngebiet werden die Nutzungen gemäß § 4 (3) Nr. 1 und 3-5 BauNVO nicht zulässig.
- Maß der baulichen Nutzung (Höhe der baulichen Anlagen (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 und Abs. 3 BauGB i.V.m. § 18 Abs. 1 BauNVO))
  - Die festgesetzten Höchstmaße für die Höhe der baulichen Anlagen gelten vom Bezugspunkt in der Mitte der von den baulichen Anlagen überbauten Fläche. Die Höhe des Bezugspunktes wird durch den nächstgelegenen vermessenen und in der Planunterlage eingetragenen Höhenpunkt bestimmt.
  - Die Traufhöhe (TH) wird von der Bezugshöhe bis zum Schnittpunkt der Gebäudeaußenwand mit der oberen Dachkante des obersten Geschosses eines Gebäudes gemessen.  
Bei Flachdach gilt als Traufhöhe die Oberkante der Gebäudeaußenwand.
  - Die Firsthöhe (FH) wird von der Bezugshöhe bis zum First (oberer Abschluss des Gebäudes) gemessen.  
2.4 Das 3. Vollgeschoss ist 50% kleiner als das 1. und 2. Vollgeschoss auszubilden.
- Nebenanlagen sowie Stellplätze und Garagen (§ 9 Abs. 1 Nr. 4 BauGB)
  - Im Allgemeinen Wohngebiet (WA) sind gemäß § 23 (5) Satz 1 und 2 BauNVO Nebenanlagen im Sinne § 14 (1) Satz 1 und 2 BauNVO auch außerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen im Sinne des § 23 (1) BauNVO zulässig.
  - Im Allgemeinen Wohngebiet (WA) sind gemäß § 23 (5) Satz 2 BauNVO überdachte Stellplätze (Carports) und Garagen sowie sonstige Nebengebäude außerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen im Sinne des § 23 (1) BauNVO zulässig.
- Führung von Versorgungsanlagen und -leitungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 13 BauGB)  
Im Geltungsbereich des Bebauungsplanes sind gemäß § 9 (1) Nr. 13 BauGB nur unterirdische Versorgungsleitungen zulässig.
- Oberflächenfestigung / Entwässerung (§ 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB i.V.m. § 9 Abs. 1 Nr. 14 BauGB)  
Stellplätze und deren Zufahrt innerhalb des Allgemeinen Wohngebietes (WA) sind in wasserdurchlässiger Bauweise mit einem Abflusswert nach DIN 1986 "Entwässerungsanlagen für Gebäude und Grundstücke" Teil 100 (Ausgabe Dezember 2016) von höchstens 0,7 zu befestigen.
- Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft (§ 9 Abs. 1 Nr. 20 und Nr. 25a BauGB)
  - Grundstücksbäume (Bäume)
    - Im Plangebiet sind 3 Bäume, Stammumfang 12/14 cm, der Artenliste I zu pflanzen und dauerhaft zu erhalten.  
Im Zuge der Pflanzungen sind die Mindestabstände gem. § 34 Nachbarschaftsgesetz LSA zu beachten und einzuhalten.
    - Nicht überbaute und nicht versiegelte Grundstücksflächen sind zu einem überwiegenden Flächenanteil mit standortheimischen und standortgerechten Pflanzen der Artenliste II zu begrünen / zu bepflanzen.
    - Innerhalb der Umgrünung von Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen (§9 Abs. 1 Nr. 25 a) BauGB) ist eine dreireihige Strauchhecke aus standorttypischen, heimischen Sträuchern der Artenliste II mit einer Breite von min. 3 m anzupflanzen. Der Reihenabstand beträgt 1,0 m. Die Gehölze sind in den Reihen versetzt gegeneinander zu pflanzen.
  - Artenliste I Grundstücksbaum (Qualität Hochstamm Stammumfang 12/14)
    - Schnurbaum (Sophora japonica)
    - Baummanölle (Magnolia kobus)
    - Kupfer-Felsenbirne (Amelanchier lamarckii)
  - Artenliste II - standortheimische Sträucher (Qualität 3xV 125-150)
    - Europäische Elbe (Taxus baccata)
    - Eingriffeliger Weißdorn (Crataegus monogyna)
    - Gewöhnlicher Flieder (Syringa vulgaris)
    - Hartweigel (Cornus alba)
    - Kornelkirsche (Cornus mas)
    - Liguster (Ligustrum ovalifolium)
    - Hundsrose (Rosa canina)
    - Vielblütige Rose / Büschelrose (Rosa multiflora)
    - Gemeiner Schneeball (Viburnum opulus)
    - Volliger Schneeball (Viburnum lantana)
    - Haselnuss (Corylus colurna)
    - Heckenkirsche (Lonicera xylosteum)
- Nistmöglichkeiten bzw. Nahrungsräume  
Im Plangebiet sind 3 Nistmöglichkeiten bzw. Nahrungsräume für Insekten und Vögel im Rahmen der Neuerrichtung der Gebäude und der Anlage von Gartenflächen neu herzustellen.
- Allgemeines:  
Anpflanzungen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen gemäß § 9 (1) Ziff. 25a BauGB.  
Für die textlichen Festsetzungen vorgesehenen Bepflanzungen gilt folgendes:
  - Die Gehölze sind artgerecht zu unterhalten und im Falle ihres Abganges durch neue zu ersetzen.  
Vorhandene Gehölze sind in die Pflanzungen zu integrieren.
  - Bäume und Sträucher, deren Durchwurzelungsbereich begrenzt ist, muss die offene oder mit einem dauerhaft luft- und wasserdurchlässigen Belag versehene Fläche mindestens 6 m<sup>2</sup> betragen.  
Der durchwurzelbare Raum sollte eine Grundfläche von mindestens 16 m<sup>2</sup> und eine Tiefe von mindestens 0,80 m haben.  
Die erforderlichen Bepflanzungsmaßnahmen sind in der 2. Pflanzperiode nach Beginn der Hochbaumaßnahmen durch den jeweiligen Grundstückseigentümer durchzuführen.
  - Artenschutzliche Sperrfristen (01.03.-30.09.) gemäß § 39 Abs. 5 BNatSchG sind bei Arbeiten, welche die Beseitigung von Gehölzstrukturen betreffen zu beachten. Ausnahmen vom Verbot unterliegen der Genehmigungspflicht der Unteren Naturschutzbehörde. Sofern die Räumung der Fläche und damit auch die Beseitigung der Gehölzstrukturen deutlich außerhalb der Brutzeit stattfinden, ist nicht zu befürchten, dass Fortpflanzungs- und Ruhestätten von Vogelarten geschädigt bzw. gestört werden und damit das Schädigungs- bzw. Störungsverbot ausgelöst wird (§ 44 Abs.1 Satz 1 und 3 BNatSchG).
  - Schottergärten werden nicht zugelassen.
- Lärmschutz  
7.1 Eine wohnverträgliche Nutzung auch der zur Bundesstraße orientierten Räume ist gemäß DIN 4109 durch ein hinreichendes Schalldämm-Maß der Außenfassade zu erreichen. Die Bemessung des passiven Schallschutzes hat für Neubauten an der Fassade und im Dachgeschoss nach Abschnitt 7 der DIN 4109-1:2018 zu erfolgen, wobei von den in Bild 11 des schall-technischen Gutachtens 1-19-05-27 von öko-control GmbH vom 26.06.2019 / 01.12.2020 dokumentierten Lärmpegelbereichen auszugehen ist. Die Umfassungsbauweise (Wände, Fenster, Türen, Dächer etc.) von Gebäuden mit Aufenthaltsräumen sind entsprechend den Lärmpegelbereichen wie folgt auszuführen:

Lärmpegelbereich	Maßgeblicher Außenlärmspiegel L <sub>a</sub>	Erforderliche Luftschalldämmung des Außenbauteils R' <sub>w, res</sub> in dB
I	-55	26
II	-56 - 60	30
III	61 - 65	35
IV	66 - 70	40
V	71 - 75	45
- Im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens ist für Neubauten der Nachweis über die Einhaltung des erforderlichen Schalldämm-Maßes von Außenbauteilen nach DIN 4109 zu erbringen.
- Zur Bundesstraße zugewandte schutzbedürftige Räume nach DIN 4109 sind mit einer Fensterkonstruktion auszurüsten, die auch im geschlossenen Zustand eine Lüftungsmöglichkeit bietet.
- Außenwohnbereiche sollten auf der lärmabgewandten Seite angeordnet werden.

Nachrichtliche Übernahme

- Stellplatzsatzung**  
Die Satzung über notwendige Stellplätze (Stellplatzsatzung) der Stadt Wernigerode vom 18.03.2004 gilt auch für den Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 64 "Schreiberstraße/Minslebener Straße".
- Baumschutzsatzung**  
Grundsätzlich ist der vorhandene Baumbestand auf den Grundstücken zu erhalten.  
Eine Entnahme ist nur gestattet, wenn es mit dem Sachgebiet Grünanlage vereinbar ist.  
Die Baumschutzsatzung der Stadt Wernigerode vom 23.06.2016 (d.F. der 1. Änderung vom 07.07.2022) ist zu berücksichtigen.
- Bodenschutz**  
Sollten bei den Erd-, Abbruch- und Bauarbeiten Besonderheiten im Boden festgestellt werden, erfolgt die Einschaltung der zuständigen Behörde des Landkreises Harz. Die bei den Erschließungsmaßnahmen anfallenden Abfallarten (z.B. Erde und Steine, Straßenaufbruch, Betonbruch usw.) sind vorrangig einer Verwertung zuzuführen.
- Artenschutzrechtliche Sperrfristen**  
Aufgrund artenschutzrechtlicher Belange dürfen keine Abbruch- und Sanierungsmaßnahmen in der Zeit vom 01. April bis 01. September durchgeführt werden.
- Abfallentsorgung**  
Die Verantwortung über die ordnungsgemäße Abfallentsorgung obliegt bis zur endgültigen Entsorgung aller anfallenden Abfälle dem Bauherrn.
- Vorbeugender Brandschutz**  
Bei Objekten mit einer Entfernung >50 m zur öffentlichen Verkehrsfläche und Objekten mit erforderlichen Aufstellflächen sind Zu- und Durchfahrten sowie Aufstell- und Bewegungsfächen für Feuerwehrfahrzeuge mit entsprechender Kennzeichnung zu gewährleisten. Die Löschwasserversorgung muss sichergestellt sein.
- Geologie**  
Es wird empfohlen, eine standortbezogene Baugrunduntersuchung durchführen zu lassen.

6. Ausfertigung

Die 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 64 „Schreiberstraße/Minslebener Straße“ bestehend aus der Planzeichnung mit textlichen Festsetzungen und integrierter örtlicher Bauvorschriften, sowie die Begründung wird hiermit ausfertigt. Es wird bestätigt, dass der Inhalt dieses Bebauungsplanes in der Fassung vom 06. November 2025 mit dem Satzungsbeschluss des Stadtrates Wernigerode vom 11.12.2025 identisch ist.

Wernigerode, 16.01.2026

Oberbürgermeister

7. Inkrafttreten

Mit der ortsüblichen Bekanntmachung des Satzungsbeschlusses der 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 64 "Schreiberstraße/Minslebener Straße" in der Fassung vom 06. November 2025 am 26.01.2026 auf der Internetseite der Stadt Wernigerode sowie am 25.01.2026 im Amtsblatt der Stadt Wernigerode ist der Bebauungsplan in Kraft getreten. In der Bekanntmachung ist auf die Geltendmachung der Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften und von Mängeln der Abwägung sowie auf die Rechtsfolgen (§ 215 Abs. 2 BauGB) und weiter auf die Fälligkeit und das Erlöschen von Entschädigungsansprüchen (§ 44 BauGB) hingewiesen worden.

Wernigerode, 27.01.2026

Oberbürgermeister

8. Planverfasser

Die 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 64 „Schreiberstraße/Minslebener Straße“ wurde ausgearbeitet von Architekturbüro Kossel AG.

Magdeburg, 19.12.2025

Architekturbüro Kossel AG  
Architekten Ingenieure  
39108 Magdeburg  
Tel.: 039 51 75 24 42 28, Fax: 7 34 07 80  
Planverfasser/in

Präambel und Ausfertigung

Auf Grund der §§ 1 (3) und 10 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017, (BGBl. I S. 3634), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 12. August 2025 (BGBl. 2025 I Nr. 189), des § 85 der Bauordnung des Landes Sachsen-Anhalt (BauO LSA) in der Fassung der Bekanntmachung vom 10.09.2013 (GVBl. LSA 2013, 440, 441) zuletzt geändert durch Gesetz vom 13.06.2024 (GVBl. LSA S. 150) i.V.m. §§ 6 und 44 (3) des Kommunalverfassungsgesetz für das Land Sachsen-Anhalt (KVG LSA) in der Fassung der Bekanntmachung vom 17.06.2014 (GVBl. LSA 2014, 288), zuletzt geändert durch Gesetz vom 26. Juni 2025 (GVBl. LSA S. 410), hat der Stadtrat der Stadt Wernigerode in seiner Sitzung am 11.12.2025 die 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 64 „Schreiberstraße/Minslebener Straße“ bestehend aus der Planzeichnung mit textlichen Festsetzungen und den integrierten örtlichen Bauvorschriften als Satzung beschlossen. Der Begründung wurde zugestimmt. Das Planverfahren wurde gemäß §13a BauGB im beschleunigten Verfahren durchgeführt.

Wernigerode, 22.12.2025

Oberbürgermeister

Verfahrensvermerke

1. Aufstellung  
Aufgestellt auf Grund des Aufstellungsbeschlusses zur 1. Änderung des Stadtrates Wernigerode vom 08.05.2025.

Wernigerode, 22.12.2025

Oberbürgermeister

2. Kartengrundlage  
Auszug aus der Liegenschaftskarte 1:1.000 des Landesamtes für Vermessung und Geoinformation Sachsen-Anhalt  
Gemeinde: Stadt Wernigerode, Gemarkung: Wernigerode, Flur: 8  
Stand der Planunterlage: 12/2024  
Erlaubnis zur Vervielfältigung und Verbreitung erteilt durch das Landesamt für Vermessung und Geoinformation Sachsen-Anhalt, © GeoBasis-DE / LVermGeo ST  
"Datenlizenz Deutschland - Namensnennung - Version 2.0" (www.govdata.de/dl-de/by-2-0)

3. Billigung und öffentliche Auslegung  
Der Stadtrat der Stadt Wernigerode hat in seiner Sitzung am 08.05.2025 den Entwurf der 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 64 „Schreiberstraße/Minslebener Straße“ und die Begründung gebilligt und seine öffentliche Auslegung gemäß § 13a (2) BauGB beschlossen.  
Die öffentliche Auslegung ist mit dem Hinweis, dass Stellungnahmen während der Auslegungsfrist abgegeben werden können und dass nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen bei der Beschlussfassung und dem Bauleitplan unberücksichtigt bleiben können, am 12.06.2025 auf der Internetseite der Stadt Wernigerode sowie am 08.06.2025 im Amtsblatt der Stadt Wernigerode bekannt gemacht worden.  
Der Entwurf der 1. Änderung des Bebauungsplanes in der Fassung vom 14.03.2025, bestehend aus der Planzeichnung mit textlichen Festsetzungen und integrierter örtlicher Bauvorschrift, sowie die Begründung, hat in der Zeit vom 16.06.2025 bis einschließlich 20.07.2025 im Internet unter www.wernigerode.de sowie im Gebäude der Stadt Wernigerode, Amt für Stadt- und Verkehrsplanung (Neues Rathaus) während der Dienstzeiten gemäß § 13a (2) i. V. m. § 3 (2) BauGB öffentlich ausgelegt.

Wernigerode, 22.12.2025

Oberbürgermeister

4. Beteiligung der berührten Behörden  
Die von der Planung berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind mit digitalem Schreiben vom 12.06.2025 zur Abgabe einer Stellungnahme bis zum 20.07.2025 aufgefordert worden.

Wernigerode, 22.12.2025

Oberbürgermeister

5. Satzungsbeschluss  
Der Stadtrat Wernigerode hat am 11.12.2025 in öffentlicher Sitzung die von der Öffentlichkeit und den Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange abgegebenen Stellungnahmen gem. § 1 (7) BauGB behandelt und die 1. Änderung des Bebauungsplanes, bestehend aus der Planzeichnung mit textlichen Festsetzungen und integrierter örtlicher Bauvorschriften, in der Fassung vom 06. November 2025 als Satzung beschlossen.

Wernigerode, 22.12.2025

Oberbürgermeister

Integrierte örtliche Bauvorschrift

(§ 85 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 BauO LSA i.V. m. § 9 Abs. 4 BauGB)

- Räumlicher und sachlicher Geltungsbereich  
Diese integrierte örtliche Bauvorschrift gilt für den Geltungsbereich der 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 64 „Schreiberstraße / Minslebener Straße“ und regelt die im Folgenden genannten gestalterischen Festsetzungen:
- Fassadengestaltung  
2.1 Kunststofferkleidungen der Gebäudefassaden sowie grelle und fluoreszierende Oberflächen sind nicht zulässig.  
2.2 Teilbereiche der Fassaden sind mit ortstypischer Holzverkleidung (matt oder seiden-matt, nicht glänzend) auszubilden.  
2.3 Für die obersten Geschosse (2. Obergeschoss) sind gedeckte ruhige, aber nicht reinweiße, grelle oder zu dunkle Farben zu verwenden.
- Dächer  
3.1 Im WA 2 sind Dächer als Flachdach oder Satteldach (DN < 40°) auszubilden.  
Im WA 2 sind Dächer als Walmdach (DN < 40°), aber mind. mit 21° Dachneigung auszubilden.  
3.2 Für die Dachendeckung von geneigten Dächern der Hauptgebäude sind nur rote Farbtöne in Anlehnung an RAL-Nr. 2001 (rotorange), 2010 (Signalorange), 3003 (Rubinrot), 3011 (Braunrot), 3013 (Tomatenrot) und 3016 (Koralienrot) sowie deren handelsübliche Mischungen zulässig.  
3.3 Für die Dachendeckung von geneigten Dächern der Hauptgebäude sind nur nicht glänzende Ton- und Terrakottziegel, Beton- und Tonziegel oder rote Biterschwänze zu verwenden. Matte Engoben sind zulässig.  
3.4 Flachdächer über 10 m<sup>2</sup> sind vorzugsweise als Gründächer mit extensiver Begrünung auszubilden.
- Sonnenkollektoren  
Die Verwendung von Sonnenkollektoren (Wärmeerzeugung) und Photovoltaikanlagen (Stromerzeugung) ist zulässig. Es darf davon keine Blendwirkung ausgehen. Auf geneigten Dächern sind sie in symmetrischer Anordnung auszubilden und die Schneefangraster sind entsprechend zu erhöhen. Dachüberstände und erforderliche Abstandsflächen gemäß § 31 Abs. 5 der BauO LSA sind zu beachten.
- Einfriedigungen  
5.1 Ortsübliche Einfriedigungen sind nur als Zäune (Metall / mind. Doppelstabmattenzaun und Holz) oder Hecken (z.B. Hainbuchen-, Liguster-, Eiben- oder Blüthenhecken) zulässig.  
5.2 Zäune und Pfeiler (auch aus Naturstein oder roten bzw. ockerfarbenen Klinkern) dürfen folgende Gesamthöhe bezogen auf die Geländeoberfläche am Standort haben:
  - 1,00 m zur angrenzenden öffentlichen Verkehrsflächen
  - 1,40 m zu Nachbargrundstücken
  - 1,80 m unmittelbar an aneinandergrenzenden Terrassen
- Gabionen, Beton-, Kunststoffzäune oder Kunststoffstreifen als Sichtschutz sind ausgeschlossen.
- Gemeinheitspflicht  
Die Errichtung und die Änderung von baulichen Anlagen oder anderen Anlagen, an die diese örtliche Bauvorschrift Anforderungen stellt, bedürfen gemäß § 85 Abs. 2 Satz 2 BauO LSA einer schriftlichen Genehmigung der Stadt Wernigerode, Stadtplanungsamt, SG Bauordnung, soweit kein Baugenehmigungsverfahren durchgeführt wird.
- Ordnungswidrigkeiten  
Ordnungswidrig handelt gemäß § 8 Abs. 6 Kommunalverfassungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA), wer vorsätzlich oder fahrlässig den Vorschriften dieser örtlichen Bauvorschrift zuwiderhandelt. Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße von bis 5.000 € geahndet werden.

Planzeichenerklärung

(nach § 2 Abs. 4 bis 5 PlanZV v. 18.12.1990)

1. Art der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)

WA Allgemeine Wohngebiete (§ 4 BauNVO)

2. Füllschema der Nutzungsschablone

Art der baulichen Nutzung § 9 (1) Nr. 1 BauGB und § 4 BauNVO	
Grundstückszahl (§ 17 und 19 BauNVO)	Geschlossflächenzahl als Höchstmaß (§ 17 und 20 BauNVO)
Geschlosszahl als Höchstmaß (§ 20 BauNVO)	Bauweise (§ 22 Abs. 2 BauNVO)
Trauf- und Firsthöhe als Höchstmaß (§ 18 BauNVO)	

3. Baulinien, Baugrenzen (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB)

Baugrenze (§ 23 BauNVO)

4. Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft (§ 9 Abs. 1 Nr. 20 und 25 BauGB)

Umgrünung von Flächen zum Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern  
(§ 9 Abs. 1 Nr. 25 a) BauGB)

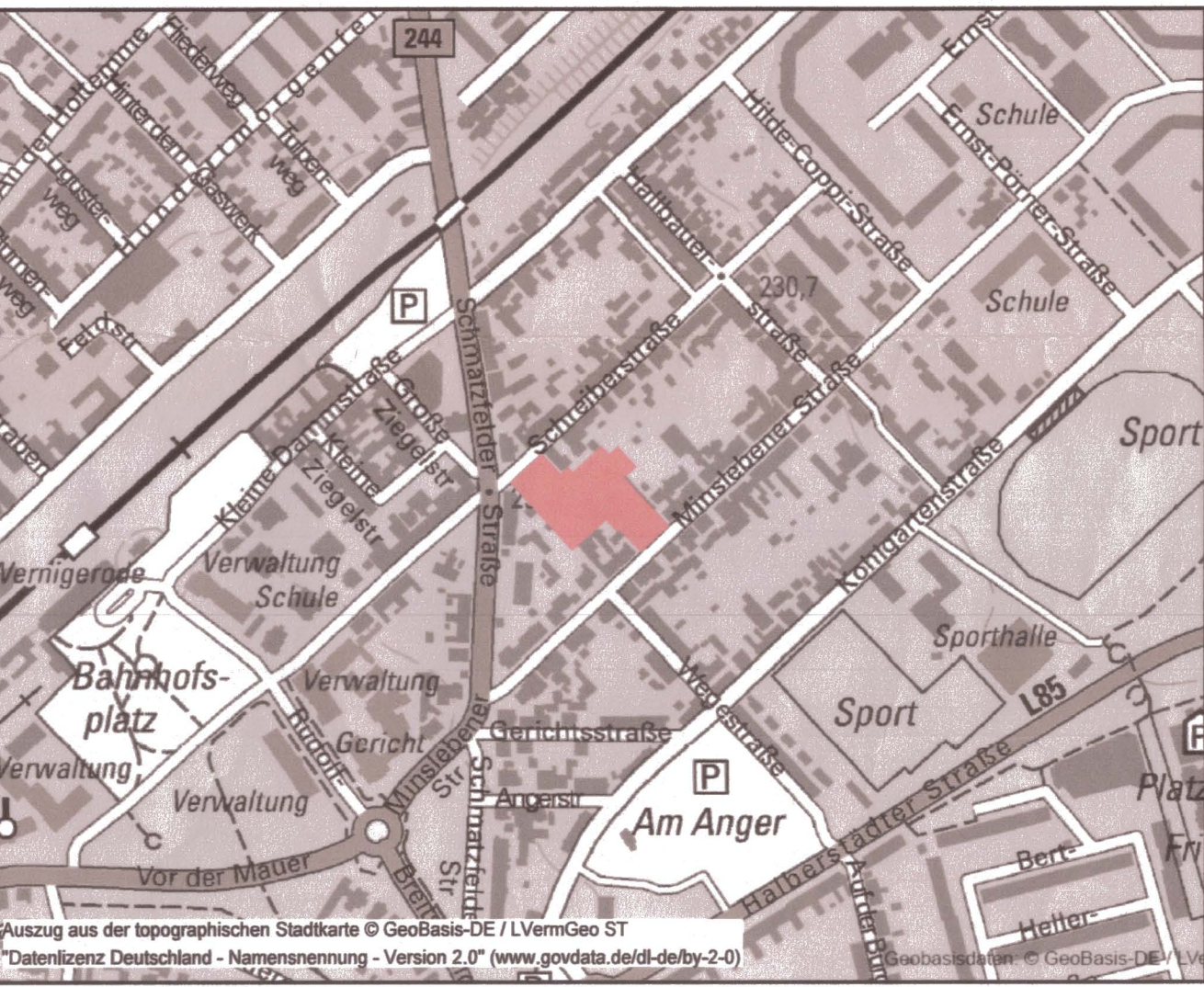
5. Sonstige Planzeichen

Grenze des räumlichen Geltungsbereiches (§ 9 Abs. 7 BauGB)

Abgrenzung des Maßes der baulichen Nutzung (§ 16 Abs. 5 BauNVO)

6. Nachrichtliche Übernahme

IV Darstellung Lärmpegelbereiche  
III/II Schallimmissionsprognosen, öko-control GmbH vom 26.06.2019 / 01.12.2020  
— Flurstücksgrenze ● Kanaldeckel  
2092 Flurstücksnummer 230.35 Geländeöhe



Auszug aus der topographischen Stadtkarte © GeoBasis-DE / LVermGeo ST  
"Datenlizenz Deutschland - Namensnennung - Version 2.0" (www.govdata.de/dl-de/by-2-0)

Stadt Wernigerode

1. Änderung zum  
BEBAUUNGSPLAN Nr. 64  
"Schreiberstraße/Minslebener Straße"  
- mit örtlicher Bauvorschrift -

SATZUNG